

<b>Amtliche Abkürzung:</b>	UStG	<b>Quelle:</b>	
<b>Fassung vom:</b>	02.11.2015	<b>FNA:</b>	FNA 611-10-14
<b>Gültig ab:</b>	01.01.2016		
<b>Dokumenttyp:</b>	Gesetz		

## Umsatzsteuergesetz

### § 27 Allgemeine Übergangsvorschriften

(1) <sup>1</sup>Änderungen dieses Gesetzes sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, auf Umsätze im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 5 anzuwenden, die ab dem Inkrafttreten der maßgeblichen Änderungsvorschrift ausgeführt werden. <sup>2</sup>Das gilt für Lieferungen und sonstige Leistungen auch insoweit, als die Steuer dafür nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a Satz 4, Buchstabe b oder § 13b Absatz 4 Satz 2 vor dem Inkrafttreten der Änderungsvorschrift entstanden ist. <sup>3</sup>Die Berechnung dieser Steuer ist für den Voranmeldungszeitraum zu berichtigen, in dem die Lieferung oder sonstige Leistung ausgeführt wird.

(1a) <sup>1</sup>§ 4 Nr. 14 ist auf Antrag auf vor dem 1. Januar 2000 erbrachte Umsätze aus der Tätigkeit als Sprachheilpädagoge entsprechend anzuwenden, soweit der Sprachheilpädagoge gemäß § 124 Abs. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch von den zuständigen Stellen der gesetzlichen Krankenkassen umfassend oder für bestimmte Teilgebiete der Sprachtherapie zur Abgabe von sprachtherapeutischen Heilmitteln zugelassen ist und die Voraussetzungen des § 4 Nr. 14 spätestens zum 1. Januar 2000 erfüllt.

<sup>2</sup>Bestandskräftige Steuerfestsetzungen können insoweit aufgehoben oder geändert werden.

(2) § 9 Abs. 2 ist nicht anzuwenden, wenn das auf dem Grundstück errichtete Gebäude

1. Wohnzwecken dient oder zu dienen bestimmt ist und vor dem 1. April 1985 fertiggestellt worden ist,
2. anderen nichtunternehmerischen Zwecken dient oder zu dienen bestimmt ist und vor dem 1. Januar 1986 fertiggestellt worden ist,
3. anderen als in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Zwecken dient oder zu dienen bestimmt ist und vor dem 1. Januar 1998 fertiggestellt worden ist,

und wenn mit der Errichtung des Gebäudes in den Fällen der Nummern 1 und 2 vor dem 1. Juni 1984 und in den Fällen der Nummer 3 vor dem 11. November 1993 begonnen worden ist.

(3) § 14 Abs. 1a in der bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Fassung ist auf Rechnungen anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2002 ausgestellt werden, sofern die zugrunde liegenden Umsätze bis zum 31. Dezember 2003 ausgeführt wurden.

(4) <sup>1</sup>Die §§ 13b, 14 Abs. 1, § 14a Abs. 4 und 5 Satz 3 Nr. 3, § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Abs. 4b, § 17 Abs. 1 Satz 1, § 18 Abs. 4a Satz 1, § 19 Abs. 1 Satz 3, § 22 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Nr. 8, § 25a Abs. 5 Satz 3 in der jeweils bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Fassung sind auch auf Umsätze anzuwenden, die vor dem 1. Januar 2002 ausgeführt worden sind, soweit das Entgelt für diese Umsätze erst nach dem 31. Dezember 2001 gezahlt worden ist. <sup>2</sup>Soweit auf das Entgelt oder Teile des Entgelts für nach dem 31. Dezember 2001 ausgeführte Umsätze vor dem 1. Januar 2002 das Abzugsverfahren nach § 18 Abs. 8 in der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung angewandt worden ist, mindert sich die vom Leistungsempfänger nach § 13b geschuldete Steuer um die bisher im Abzugsverfahren vom leistenden Unternehmer geschuldete Steuer.

(5) <sup>1</sup>§ 3 Abs. 9a Satz 2, § 15 Abs. 1b, § 15a Abs. 3 Nr. 2 und § 15a Abs. 4 Satz 2 in der jeweils bis 31. Dezember 2003 geltenden Fassung sind auf Fahrzeuge anzuwenden, die nach dem 31. März 1999 und vor dem 1. Januar 2004 angeschafft oder hergestellt, eingeführt, innergemeinschaftlich erworben oder ge-

mietet worden sind und für die der Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1b vorgenommen worden ist.<sup>2</sup> Dies gilt nicht für nach dem 1. Januar 2004 anfallende Vorsteuerbeträge, die auf die Miete oder den Betrieb dieser Fahrzeuge entfallen.

(6) Umsätze aus der Nutzungsüberlassung von Sportanlagen können bis zum 31. Dezember 2004 in eine steuerfreie Grundstücksüberlassung und in eine steuerpflichtige Überlassung von Betriebsvorrichtungen aufgeteilt werden.

(7) § 13c ist anzuwenden auf Forderungen, die nach dem 7. November 2003 abgetreten, verpfändet oder gepfändet worden sind.

(8) § 15a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3794) ist auch für Zeiträume vor dem 1. Januar 2002 anzuwenden, wenn der Unternehmer den Vorsteuerabzug im Zeitpunkt des Leistungsbezugs auf Grund der von ihm erklärten Verwendungsabsicht in Anspruch genommen hat und die Nutzung ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Verwendung mit den für den Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnissen nicht übereinstimmt.

(9) § 18 Abs. 1 Satz 1 ist erstmals auf Voranmeldungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2004 enden.

(10) § 4 Nr. 21a in der bis 31. Dezember 2003 geltenden Fassung ist auf Antrag auf vor dem 1. Januar 2005 erbrachte Umsätze der staatlichen Hochschulen aus Forschungstätigkeit anzuwenden, wenn die Leistungen auf einem Vertrag beruhen, der vor dem 3. September 2003 abgeschlossen worden ist.

(11) § 15a in der Fassung des Artikels 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3310) ist auf Vorsteuerbeträge anzuwenden, deren zugrunde liegende Umsätze im Sinne des § 1 Abs. 1 nach dem 31. Dezember 2004 ausgeführt werden.

(12) Auf Vorsteuerbeträge, deren zugrunde liegende Umsätze im Sinne des § 1 Abs. 1 nach dem 31. Dezember 2006 ausgeführt werden, ist § 15a Abs. 3 und 4 in der am 1. Januar 2007 geltenden Fassung anzuwenden.

(13) § 18a Abs. 1 Satz 1, 4 und 5 in der Fassung des Artikels 7 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) ist erstmals auf Meldezeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2006 enden.

(14) § 18 Abs. 9 in der Fassung des Artikels 7 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) und § 18g sind auf Anträge auf Vergütung von Vorsteuerbeträgen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2009 gestellt werden.

(15) § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 14 Abs. 3 Nr. 2 in der jeweils ab 1. Januar 2009 geltenden Fassung sind auf alle Rechnungen über Umsätze anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2008 ausgeführt werden.

(16)<sup>1</sup> § 3 Absatz 9a Nummer 1, § 15 Absatz 1b, § 15a Absatz 6a und 8 Satz 2 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768) sind nicht anzuwenden auf Wirtschaftsgüter im Sinne des § 15 Absatz 1b, die auf Grund eines vor dem 1. Januar 2011 rechtswirksam abgeschlossenen obligatorischen Vertrags oder gleichstehenden Rechtsakts angeschafft worden sind oder mit deren Herstellung vor dem 1. Januar 2011 begonnen worden ist.<sup>2</sup> Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Bauantrag gestellt wird; bei baugenehmigungsfreien Gebäuden, für die Bauunterlagen einzureichen sind, der Zeitpunkt, in dem die Bauunterlagen eingereicht werden.

(17) § 18 Absatz 3 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1768) ist erstmals auf Besteuerungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2010 enden.

(18) § 14 Absatz 1 und 3 ist in der ab 1. Juli 2011 geltenden Fassung auf alle Rechnungen über Umsätze anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2011 ausgeführt werden.

(19)<sup>1</sup> Sind Unternehmer und Leistungsempfänger davon ausgegangen, dass der Leistungsempfänger die Steuer nach § 13b auf eine vor dem 15. Februar 2014 erbrachte steuerpflichtige Leistung schuldet, und stellt sich diese Annahme als unrichtig heraus, ist die gegen den leistenden Unternehmer wirkende

Steuerfestsetzung zu ändern, soweit der Leistungsempfänger die Erstattung der Steuer fordert, die er in der Annahme entrichtet hatte, Steuerschuldner zu sein.<sup>2</sup> § 176 der Abgabenordnung steht der Änderung nach Satz 1 nicht entgegen.<sup>3</sup> Das für den leistenden Unternehmer zuständige Finanzamt kann auf Antrag zulassen, dass der leistende Unternehmer dem Finanzamt den ihm gegen den Leistungsempfänger zustehenden Anspruch auf Zahlung der gesetzlich entstandenen Umsatzsteuer abtritt, wenn die Annahme der Steuerschuld des Leistungsempfängers im Vertrauen auf eine Verwaltungsanweisung beruhte und der leistende Unternehmer bei der Durchsetzung des abgetretenen Anspruchs mitwirkt.<sup>4</sup> Die Abtretung wirkt an Zahlungs statt, wenn

1. der leistende Unternehmer dem Leistungsempfänger eine erstmalige oder geänderte Rechnung mit offen ausgewiesener Umsatzsteuer ausstellt,
2. die Abtretung an das Finanzamt wirksam bleibt,
3. dem Leistungsempfänger diese Abtretung unverzüglich mit dem Hinweis angezeigt wird, dass eine Zahlung an den leistenden Unternehmer keine schuldbefreiende Wirkung mehr hat, und
4. der leistende Unternehmer seiner Mitwirkungspflicht nachkommt.

(20) § 18h Absatz 3 und 4 in der Fassung des Artikels 8 des Gesetzes vom 25. Juli 2014 (BGBl. I S. 1266) ist erstmals auf Besteuerungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2014 enden.

(21) § 18 Absatz 2 in der am 1. Januar 2015 geltenden Fassung ist erstmals auf Voranmeldungszeiträume anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2014 enden.

(22) <sup>1</sup>§ 2 Absatz 3 in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung ist auf Umsätze, die nach dem 31. Dezember 2015 und vor dem 1. Januar 2017 ausgeführt werden, weiterhin anzuwenden. <sup>2</sup>§ 2b in der am 1. Januar 2016 geltenden Fassung ist auf Umsätze anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2016 ausgeführt werden. <sup>3</sup>Die juristische Person des öffentlichen Rechts kann dem Finanzamt gegenüber einmalig erklären, dass sie § 2 Absatz 3 in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführte Leistungen weiterhin anwendet. <sup>4</sup>Eine Beschränkung der Erklärung auf einzelne Tätigkeitsbereiche oder Leistungen ist nicht zulässig. <sup>5</sup>Die Erklärung ist bis zum 31. Dezember 2016 abzugeben. <sup>6</sup>Sie kann nur mit Wirkung vom Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres an widerrufen werden.

## **Fußnoten**

§ 27: Neugefasst durch Bek. v. 21.2.2005 I 386

§ 27 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 29.6.2006 I 1402 mWv 1.7.2006 u. d. Art. 6 Nr. 14 G v. 8.4.2010 I 386 mWv 1.7.2010

§ 27 Abs. 7: Früherer Satz 2 aufgeh. durch Art. 8 Nr. 8 G v. 20.12.2007 I 3150 mWv 1.1.2008

§ 27 Abs. 12: Eingef. durch Art. 8 Nr. 2 G v. 22.8.2006 I 1970 mWv 1.1.2007

§ 27 Abs. 13: Eingef. durch Art. 7 Nr. 11 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 19.12.2006

§ 27 Abs. 14: Eingef. durch Art. 7 Nr. 19 G v. 19.12.2008 I 2794 mWv 1.1.2010

§ 27 Abs. 15: Eingef. durch Art. 8 Nr. 4 G v. 20.12.2008 I 2850 mWv 1.1.2009

§ 27 Abs. 16 u. 17: Eingef. durch Art. 4 Nr. 12 G v. 8.12.2010 I 1768 mWv 1.1.2011

§ 27 Abs. 18: Eingef. durch Art. 5 Nr. 3 G v. 1.11.2011 I 2131 mWv 1.7.2011

§ 27 Abs. 19: Eingef. durch Art. 7 Nr. 9 G v. 25.7.2014 I 1266 mWv 31.7.2014

§ 27 Abs. 20: Eingef. durch Art. 8 Nr. 4 G v. 25.7.2014 I 1266 mWv 1.10.2014

§ 27 Abs. 21: Eingef. durch Art. 9 Nr. 5 G v. 22.12.2014 I 2417 mWv 1.1.2015

§ 27 Abs. 22: Eingef. durch Art. 12 Nr. 6 G v. 2.11.2015 I 1834 mWv 1.1.2016

## **Weitere Fassungen dieser Norm**

§ 27 UStG, vom 22.12.2014, gültig ab 01.01.2015 bis 31.12.2015

§ 27 UStG, vom 25.07.2014, gültig ab 01.10.2014 bis 31.12.2014

§ 27 UStG, vom 25.07.2014, gültig ab 31.07.2014 bis 30.09.2014

§ 27 UStG, vom 01.11.2011, gültig ab 01.07.2011 bis 30.07.2014

§ 27 UStG, vom 08.12.2010, gültig ab 01.01.2011 bis 30.06.2011

§ 27 UStG, vom 08.04.2010, gültig ab 01.07.2010 bis 31.12.2010

§ 27 UStG, vom 19.12.2008, gültig ab 01.01.2010 bis (gegenstandslos)

§ 27 UStG, vom 20.12.2008, gültig ab 01.01.2010 bis 30.06.2010

§ 27 UStG, vom 20.12.2008, gültig ab 01.01.2009 bis 31.12.2009  
§ 27 UStG, vom 20.12.2007, gültig ab 01.01.2008 bis 31.12.2008  
§ 27 UStG, vom 22.08.2006, gültig ab 01.01.2007 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 13.12.2006, gültig ab 01.01.2007 bis 31.12.2007  
§ 27 UStG, vom 13.12.2006, gültig ab 19.12.2006 bis 31.12.2006  
§ 27 UStG, vom 29.06.2006, gültig ab 01.07.2006 bis 18.12.2006  
§ 27 UStG, vom 15.12.2003, gültig ab 01.01.2005 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 23.04.2004, gültig ab 01.01.2005 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 09.12.2004, gültig ab 01.01.2005 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 21.02.2005, gültig ab 01.01.2005 bis 30.06.2006  
§ 27 UStG, vom 15.12.2003, gültig ab 01.01.2004 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 23.04.2004, gültig ab 01.01.2004 bis 31.12.2004  
§ 27 UStG, vom 15.12.2003, gültig ab 20.12.2003 bis 31.12.2003  
§ 27 UStG, vom 20.12.2001, gültig ab 01.01.2002 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 19.12.2001, gültig ab 01.01.2002 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 01.09.2002, gültig ab 01.01.2002 bis 19.12.2003  
§ 27 UStG, vom 01.09.2002, gültig ab 15.10.2001 bis 31.12.2001  
§ 27 UStG, vom 22.12.1999, gültig ab 01.01.2000 bis 14.10.2001  
§ 27 UStG, vom 24.03.1999, gültig ab 01.04.1999 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 09.06.1999, gültig ab 01.04.1999 bis 31.12.1999  
§ 27 UStG, vom 21.12.1993, gültig ab 01.01.1994 bis 31.03.1999  
§ 27 UStG, vom 25.08.1992, gültig ab 01.01.1993 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 27.04.1993, gültig ab 01.01.1993 bis 31.12.1993  
§ 27 UStG, vom 08.02.1991, gültig ab 01.01.1991 bis 31.12.1992  
§ 27 UStG, vom 23.09.1990, gültig ab 29.09.1990 bis 31.12.1990  
§ 27 UStG, vom 22.12.1989, gültig ab 01.01.1990 bis 28.09.1990  
§ 27 UStG, vom 19.12.1985, gültig ab 01.01.1987 bis (gegenstandslos)  
§ 27 UStG, vom 17.12.1986, gültig ab 01.01.1987 bis 31.12.1989  
§ 27 UStG, vom 19.12.1985, gültig ab 01.01.1986 bis 31.12.1986  
§ 27 UStG, vom 14.12.1984, gültig ab 01.01.1985 bis 31.12.1985  
§ 27 UStG, vom 20.12.1982, gültig ab 01.07.1983 bis 31.12.1984  
§ 27 UStG, vom 22.12.1981, gültig ab 01.01.1982 bis 30.06.1983  
§ 27 UStG, vom 26.11.1979, gültig ab 01.01.1980 bis 31.12.1981

## **§ 27 UStG wird von folgenden Dokumenten zitiert**

### **Rechtsprechung**

BFH 11. Senat, 31. März 2016, Az: XI B 13/16  
LG Düsseldorf 3. Kammer für Handelssachen, 5. Februar 2016, Az: 33 O 86/15  
LG Köln 7. Zivilkammer, 30. Oktober 2015, Az: 7 O 103/15  
Finanzgericht Berlin-Brandenburg 7. Senat, 8. Oktober 2015, Az: 7 V 7195/15  
FG Köln 9. Senat, 1. September 2015, Az: 9 V 1376/15  
FG Nürnberg 2. Senat, 26. August 2015, Az: 2 V 1107/15  
FG Münster 15. Senat, 12. August 2015, Az: 15 V 2153/15 U  
Niedersächsisches Finanzgericht 16. Senat, 3. Juli 2015, Az: 16 V 95/15  
Finanzgericht Berlin-Brandenburg 7. Senat, 12. März 2014, Az: 7 K 7163/11  
BFH 11. Senat, 5. März 2014, Az: XI R 29/12  
FG Düsseldorf 1. Senat, 1. März 2013, Az: 1 K 3492/11 H(U)  
FG Hamburg 6. Senat, 5. September 2012, Az: 6 K 169/11  
FG Nürnberg 2. Senat, 31. Juli 2012, Az: 2 K 539/2009  
Sächsisches Finanzgericht 3. Senat, 5. Juni 2012, Az: 3 K 927/11  
FG Hamburg 6. Senat, 13. Januar 2012, Az: 6 V 201/11  
Sächsisches Finanzgericht 3. Senat, 28. Februar 2011, Az: 3 V 1195/10  
Niedersächsisches Finanzgericht 16. Senat, 30. September 2010, Az: 16 K 30/10  
Niedersächsisches Finanzgericht 16. Senat, 19. August 2010, Az: 16 K 439/09  
BFH 11. Senat, 3. Juni 2009, Az: XI R 57/07  
BFH 11. Senat, 1. April 2009, Az: XI R 26/08  
BFH 11. Senat, 11. März 2009, Az: XI R 71/07  
BFH 5. Senat, 29. Mai 2008, Az: V B 160/07  
BFH 5. Senat, 21. April 2008, Az: V B 231/07  
Finanzgericht Berlin-Brandenburg 7. Senat, 5. September 2007, Az: 7 K 5535/04 B  
BFH 5. Senat, 19. Juli 2007, Az: V B 66/06

BFH 5. Senat, 11. Mai 2007, Az: V B 34/05  
BFH 5. Senat, 19. April 2007, Az: V R 48/05  
Finanzgericht des Saarlandes 1. Senat, 28. März 2007, Az: 1 K 1313/03  
OLG Koblenz 14. Zivilsenat, 22. März 2007, Az: 14 W 201/07  
BFH 5. Senat, 22. März 2007, Az: V B 136/05  
FG Münster 5. Senat, 8. März 2007, Az: 5 K 1992/03 U  
LG Karlsruhe 3. Zivilkammer, 22. Februar 2007, Az: 3 O 313/06  
FG München 3. Senat, 21. Februar 2007, Az: 3 K 2219/06  
BFH 5. Senat, 9. November 2006, Az: V R 43/04  
BFH 5. Senat, 8. September 2006, Az: V B 126/05  
FG Hamburg 2. Senat, 15. Juni 2006, Az: 2 K 272/05  
BFH 5. Senat, 26. Januar 2006, Az: V R 74/03  
OLG Düsseldorf 10. Zivilsenat, 8. Dezember 2005, Az: I-10 U 146/01, ...  
BFH 5. Senat, 30. Juni 2005, Az: V R 46/02  
FG München 14. Senat, 9. Juni 2005, Az: 14 K 5374/04  
FG Berlin 7. Senat, 30. November 2004, Az: 7 B 7460/04  
BFH 5. Senat, 21. Mai 2004, Az: V B 30/04  
EuGH 5. Kammer, 29. April 2004, Az: C-17/01  
FG Bremen 2. Senat, 22. Januar 2004, Az: 2 V 587/02 (5)  
BFH 5. Senat, 5. Juni 2003, Az: V R 32/02  
BFH 5. Senat, 26. Februar 2003, Az: V B 159/02  
FG Nürnberg 2. Senat, 13. August 2002, Az: II 182/2000  
BFH 5. Senat, 6. Juni 2002, Az: V R 27/00  
Niedersächsisches Finanzgericht 5. Senat, 18. April 2002, Az: 5 K 801/99  
FG Berlin 7. Senat, 6. November 2001, Az: 7 K 7115/98

*Dies sind die aktuellsten 50 zitierenden Entscheidungen*

### **Literaturnachweise**

Peter Fischer, jurisPR-SteuerR 4/2016 Anm 1  
Maik Gohlke, Gemeindehaushalt 2016, 37-42  
Friederike Trommer, KKZ 2016, 97-100  
Stefan Maier, Florian Zemke, Gemeindehaushalt 2016, 137-139  
Christian Trost, Gemeindehaushalt 2016, 89-93  
Andreas Fiand, KStZ 2016, 29-33  
Wolfgang Schulte, KuR 2016, 89-92  
Thorsten Helm, Philipp Haaf, Sascha Knoll, KrV 2016, 16-20  
Fabian Müller, BWGZ 2016, 382-385  
Dieter Frey, Stephanie Eggerath, MMR 2016, 349-350  
Bernd Heuermann, jM 2016, 342-345  
Michael Schulze, DStR 2016, 561-571  
David Hummel, UR 2016, 289-290  
Matthias Winter, MwStR 2016, 331-334  
Rainer Weymüller, MwStR 2016, 344-345  
Christoph Wäger, BFH/PR 2016, 149-152  
Steffen Gregor Rauch, HFR 2016, 480-481  
Otto-Gerd Lippross, DStR 2016, 993-1005  
Wolfram Reiß, MwStR 2016, 361-378  
Felix Magnus Kessens, EFG 2016, 862-863  
Sebastian Kettler, Gerwin Schlegel, NWB 2016, 1498-1507  
Martin Strahl, KöSDI 2016, 19838-19852  
Alexander Neeser, Stephan Filtzinger, UVR 2016, 185-190  
Angelika Ringwald, UR 2016, 461-463  
Robert Prätzler, jurisPR-SteuerR 14/2015 Anm 5  
Daniel Fußy, AnwZert BauR 7/2015 Anm 1  
Robert Prätzler, jurisPR-SteuerR 36/2015 Anm 5  
Holger Scheel, IBR 2015, 519  
Dr. Jan Markus Plathner, AnwZert InsR 19/2015 Anm 1  
Johanna Elisabeth Hermanski-Pfohl, AnwZert InsR 19/2015 Anm 3  
Udo Eversloh, jurisPR-SteuerR 49/2015 Anm 6  
Stefan Klusmeier, ZInsO 2015, 1595-1600  
Nadine Ebert, Martin Thomsen, DStR 2015, 145-150

Wolfgang Schöngart, UR 2015, 224-225  
Dieter Dohrmann, StBp 2015, 79-84  
Christoph Habammer, Markus Schneider, BB 2015, 1108-1112  
Marius F Schumann, MwStR 2015, 454-457  
Claas Fuhrmann, BeSt 205, 36-39  
Ulrike Slotty-Harms, UVR 2015, 347-351  
Werner Widmann, MwStR 2015, 883-889  
Christian Weber, UVR 2015, 364-371  
Christian Sterzinger, UR 2016, 1-12  
Werner Widmann, UR 2016, 13-16  
Alexander Neeser, JbFfSt 2015/2016, 618-649  
Friederike Grube, jurisPR-SteuerR 4/2014 Anm 5  
Lothar Kiermeier, NJW-Spezial 2014, 620-621  
Thomas Meurer, StBW 2014, 754-761  
Martina Ortmann-Babel, Andreas Bolik, Daniel Zöller, DB 2014, 1570-1579  
Claudia Büchter-Hole, EFG 2014, 1252  
Sascha Bleschick, HFR 2014, 729-730

*Dies sind die aktuellsten 50 zitierenden Literaturnachweise*

### **Dieses Gesetz wurde von 29 Normen geändert**

StÄndG 2015, gültig ab 06.11.2015  
AO1977Anp/StRÄndG, gültig ab 31.12.2014  
KroatienAnpG, gültig ab 31.07.2014  
StVereinfG 2011, gültig ab 01.01.2012  
JStG 2010, gültig ab 14.12.2010  
StEUVUmsG, gültig ab 15.04.2010  
StBürokrAbbG, gültig ab 01.01.2009  
JStG 2009, gültig ab 25.12.2008  
JStG 2008, gültig ab 29.12.2007  
JStG 2007, gültig ab 19.12.2006  
HemAbbG, gültig ab 26.08.2006  
HBegLG 2006, gültig ab 01.07.2006  
EURLUmsG, gültig ab 16.12.2004  
Alt-SportanlGErgG, gültig ab 01.01.2004  
StÄndG 2003, gültig ab 20.12.2003  
StVBG, gültig ab 28.12.2001  
StÄndG 2001, gültig ab 23.12.2001  
Alt-SportanlG, gültig ab 15.10.2001  
StBereinG 1999, gültig ab 01.01.2000  
StEntlG 1999/2000/2002, gültig ab 01.01.1999  
StMBG, gültig ab 30.12.1993  
UStBMG, gültig ab 01.01.1993  
Anlage I Kap IV EinigVtr, gültig ab 29.09.1990  
WoBauFG, gültig ab 30.12.1989  
UBGG, gültig ab 01.01.1987  
StBereinG 1986, gültig ab 01.01.1982  
2. HStruktG, gültig ab 30.12.1981  
HBegleitG 1983, gültig ab 01.01.1981 bis 31.12.1992  
StBereinG 1985, gültig ab 03.09.1971 bis 31.12.2009

### **Redaktionelle Hinweise**

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.